II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 65 | 7. November 1919 | י"ד חשון תר"ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Tod Bialiks?

Der Wilnaer „Tog" berichtet auf Grund von Aussagen einer aus Moskau eingetroffenen Person, dass der Moskauer Rabbiner *Mase* am Versöhnungstage in der Synagoge mitgeteilt habe, *Bialik* wäre in Odessa im Alter von 46 Jahren verschieden.

Diese Nachricht wird von sämtlichen jüd. Zeitungen Osteuropas wiedergegeben, wobei auf die Unsicherheit der Meldung hingewiesen und die Hoffnung ausgedrückt wird, dass dieses Gerücht sich nicht bestätigen möge. Speziell die Wilnaer „Jüdische Zeitung" verhält sich zu dieser Nachricht des „Tog" skeptisch und erwähnt, dass ein Rigaer Jude, der Odessa angeblich einige Tage nach Neujahr verlassen hat, die Redaktion besucht und erklärt habe, dass alle Zeitungsnachrichten über die Drangsalierungen Bialiks seitens der Bolschewisten stark übertrieben seien. Bialik sei gesund und munter und gedenke bei erster Möglichkeit seinen Verlag *Moriah* nach Palästina zu transferieren. In letzter Zeit soll Bialik 2 neue Werke „Oschon" und „Erew Wowojker" vollendet haben.

Sofort nach Eintreffen oben erwähnter Nachricht wandte sich die „Jüd. Presszentrale Zürich" in einem Kabeltelegramm nach Odessa mit dem Ersuchen um Nachricht über das Befinden Bialiks. Die Antwort steht noch aus.

Beratung der Poale Zion.

Der dritte Teil der Beratung des J. S. A. Verbandes Poale-Zion fand in Stockholm vom 24. Sept. bis zum 5. Okt. 1919 statt. Außer den Teilnehmern der früheren Beratungen (s. J.P.Z. No. 60) waren diesmal auch die Delegierten aus Palästina, *Blumenfeld*, *Katznelson* nud *Schochat* anwesend.

Blumenfeld, der leitende Sekretär des Arbeitssekretariates (Missrad-Haavodah) in Jaffa erstattete einen Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats während der Kriegszeit. Der Beratung lag ein gedruckter Geldbericht des Misrad-Haavodah bis zum 30. Juni 1919 vor. Katznelson referierte über die Probleme der palästinensischen Arbeiterkooperativen (Kwuzoth), Schochat über den „Haschomer." Die Palästinadelegation berichtete auch über die gegenwärtige polit. Lage in Palästina sowie über ihre Besprechungen mit dem A. C. in London betr. Sicherung der Arbeitsbudgets für Palästina. Dr. *Syrkin* hielt ejn ausführliches Referat über die künftige Tätigkeit des Verbandes in Palästina.

Diese Referate bildeten die Grundlage einer breiten Diskussion über die Prinzipien der Palästina-Arbeit des Weltverbandes, deren Ergebnis die Annahme entsprechender Resolutionen war. Besonders erwähnenswert sind die Reorganisationen des Palästina-Arbeiterfondes im Zusammenhang mit der erweiterten Tätigkeit in Palästina und die Frage einer kooperativen Arbeiterbank für die Finanzierung der genossenschaftlichen Tätigkeit der jüd. Arbeiterschaft in Palästina. Die Frage der Aufnahme der Zionistisch-Sozialistischen Vereinigung der Arbeiter Palästinas „Achduth Haavodah" in den Weltverband anstelle der ehemaligen Poale-Zion Partei, rief ausführliche Auseinandersetzungen hervor, die schließlich zur einstimmigen Anerkennung der „Achduth Haavodah" als der palästinensischen Landespartei des Verbandes führte. *Kaplansky* referierte über die Instruktionen für die demnächst nach Palästina abgehende Arbeiter-Kommission. Ihre Aufgaben wurden in einer besonderen Resolution formuliert. Die Debatte über den jüd. Weltkongreß wurde durch *Locker* eingeleitet. Wegen des prinzipiellen Charakters dieser Frage wurde beschlossen, sie auf die Tagesordnung der nächsten Weltkonferenz zu setzen. Ebenso wurde die Frage des Zion. Kongresses bis zur Weltkonferenz vertagt. Die Beratung behandelt bloß einige aktuelle Fragen, u. a. die Stellungnahme zur reorganisierten zion Palästina-Kommission. Die Beratung bestätigte schließlich den Finanzbericht des Verbandsbüros für die Jahre 1915—18 und bewilligte das Budget für die nächste Arbeitsperiode. Damit waren die Arbeiten der Beratung beendet.

Von den gefassten Resolutionen seien folgende wiedergegeben:

Resolution über die Wahlrechtsfrage in Palästina.

Die Beratung nimmt mit Befriedigung die Erklärung der Palästina-Delegation zur Kenntnis, dass sie den Sprachenzensus für das passive Wahlrecht zu der jüd. Gründungsversammlung in Palästina verwirft und durch die Partei „Achduth Haavodah" für die Beseitigung dieser Begrenzung eingetreten wird.

Resolutionen zur Palästina-Arbeit.

Die Beratung ist der Ansicht, dass die Schaffung einer jüd. nationalen Heimstätte in Palästina, die die breiten arbeitenden und arbeitsuchenden jüd. Massen aufnehmen soll, durch die privatkapitalistische Kolonisation gefährdet wird, die nur auf ihren Eigennutz und ihre Profite bedacht und geeignet ist, Palästina jeder Bedeutung für das jüd. Volk zu berauben; daß die Lebensbedürfnisse der breiten jüd. Volksmassen ein weittragendes soziales Siedlungssystem erfordern, das auf Nationalisierung des Bodens, genossenschaftlicher Arbeitskolonisation in Dorf und Stadt, Volkskontrolle zur Produktion, Nationaleigentum an den gemeinnützigen Einrichtungen, genossenschaftlicher Organisation des Konsums und systematischer sozial. Gesetzgebung auf dem Gebiete

der Immigration, Kolonisation, Arbeit, des Wohnungswesens, der Volksgesundheit, Versicherung, Erziehung und Volksbildung beruhen muß.

Die soziale Kolonisationstätigkeit in Palästina schafft Möglichkeiten für eine breite Volkseinwanderung, gibt den sozialen Schaffungskräften in der jüd. Arbeiterschaft Ausdruck und in der gegenwärtigen Periode der sozialen Revolution, zurzeit des Entscheidungskampfes des Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung, bahnt sie den Weg zum sozialistischen Palästina. Die umfassende systematische soziale Kolonisationstätigkeit kann nur gesichert werden, wenn die jüd. Arbeiterklasse ihre organisierten Kräfte auf den Aufbau Palästinas richten, ihre Interessen und Bestrebungen in dem langen Prozess der Auswanderung und Kolonisation systematisch beschützen und gestützt auf die Solidarität des internationalen Proletariats unaufhörlich den Kampf führen wird gegen die kapitalistischen Tendenzen und für ein sozialistisches Palästina.

Die Beratung erklärt: In der gegenwärtigen schicksalsschweren Stunde, als die politischen und nationalen Kämpfe das Leben der bedeutendsten Teile des jüd. Volkes gefährden, als die sozialen Umwälzungen und Grundlagen der jüd. Existenz erschüttern und den baldigen Uebergang großer jüd. Volksmassen zu produktiver Wirtschaft fordern, als in ganz Osteuropa das jüd. Volk zu baldiger Massenauswanderung getrieben wird und als Palästina das Land jüd. Einwanderung und Wiedergeburt werden kann. In dieser verantwortungsvollen Stunde ist es das Gebot der Poale-Zion in der ganzen Welt, die Arbeit für Palästina auf die Tagesordnung der jüd. Arbeiterschaft zu stellen, das Palästinabewußtsein in ihr zu erwecken und zu vertiefen und sie zu energischer, aufopferungsvoller, planmäßiger und zielbewußter Tätigkeit aufzufordern, für die Schaffung einer jüd. Gesellschaft in Palästina auf sozialistischen Grundlagen.

Die Beratung verpflichtet alle Landesparteien, den Kampf für die Palästina-Arbeit in allen Organen der jüd. nationalen Autonomie (Gemeinden, Gemeinde-Verbänden und Nationalversammlungen), in den jüd. Kongressen, in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung und in den Arbeiterorden zu führen und die Losung der sozialen Kolonisation in Palästina bei allen Wahlen zu vertreten.

In den Gemeinden haben die Poale-Zion zu fordern; a) die Einsetzung von besonderen Palästinakommissionen zur Aufklärung über Palästina-Angelegenheiten, zur Förderung der Planmäßigkeit in der Palästina-Einwanderung und zur Organisation der Arbeit der Gemeinden für Palästina im allgemeinen; b) einen regelmäßigen obligatorischen Beitrag für die demokratischen Siedlungsfonds in Palästina, die die Aufgabe haben, die Sozialisierung des jüd. Lebens in Palästina zu fördern.

In der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung sowie in den Arbeiterorden haben die Poale-Zion entsprechend den Bedingungen des betreffenden Landes in folgender Richtung tätig zu sein; a) für die Einführung einer regelmäßigen Steuer zu Gunsten des Palästina-Arbeiterfonds; b) für die Beteiligung an den genossenschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft Palästinas (wie die genossenschaftliche Bank, Konsumgenossenschaft „Hamaschbir"; c) und für die Einsetzung von besonderen Kommissionen für Palästina-Arbeit.

Die Beratung ist der Ansicht, daß die Ermöglichung einer breiten Massenauswanderung nach Palästina, die Erschließung von neuen Bahnen für eine sozialkooperative Massenkolonisation und die Schaffung neuer Formen produktiver Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenlebens eine wohlorganisierte, im sozialistischen Geiste erzogene Pionierbewegung erfordert, die sich verbreiten muß, um mit der organisierten palästinensischen Arbeiterschaft zusammen zu wirken, sich an den ländlichen und industriellen Genossenschaften zu beteiligen und die Kräfte der Arbeiterschaft Palästinas zu verstärken und zu vertiefen.

Die Organisationsformen und Arbeitsmethoden der Pionierbewegung werden angesichts der Verschiedenheit der Bedingungen in jedem Lande von den Landesparteien im Einvernehmen mit dem Verbandsbüro bestimmt.

Zur Organisation der Palästina-Arbeit.

1) Um die Tätigkeit der Landesparteien für Palästina zu systematisieren, zu vermehren und zu leiten, beauftragt die Beratung das Verbandsbüro, ein besonderes Ressort für Palästina-Angelegenheiten innerhalb des Büros und unter der Leitung eines seiner Mitglieder einzurichten. Die Aufgaben des Palästinaressorts sind: a) im Verbandsbüro über alle Angelegenheiten der Palästina-Arbeit zu berichten, die die Interessen der jüd. Arbeiterschaft im allgemeinen und die Tätigkeit des Weltverbandes im besonderen berühren; b) die regelmäßige Verbindung zwischen dem Verbandssekretariat und dem Arbeitersekretariat in Palästina aufrecht zu erhalten; c) die Tätigkeit der Palästina-Organe, Palästina-Komitees, Palästina-Arbeiterfonds, Pal.-Kommissionen u.a.m., die von den Landesparteien geschaffen werden, zu leiten und zu kontrollieren; d) ein Bulletin für die Information der Parteien und der Parteipresse über die Lage und die Probleme der Arbeitersiedelung in Palästina zu publizieren und, so weit möglich, die weite Arbeiteröffentlichkeit mit der palästinensischen Arbeiterliteratur bekannt zu machen.

2) Die Beratung ist der Meinung, daß es die dringendste Aufgabe der Landesparteien ist, Zentralorgane für die Palästinaarbeit zu schaffen, insofern solche noch nicht bestehen. Die Aufgabe dieser Palästinaorgane ist es: a) Mit dem Palästinaressort des Verbandbüros und mit dem Arbeits-Sekretariat in dauerndem Verkehr zu stehen; b) die Tätigkeit für die Palästina-Institutionen zu organisieren, für die sie auf Grund von Beschlüssen der Weltkonferenzen oder der Parteitage zu wirken verpflichtet sind; c) die Arbeiterinformation für Palästina und die Registrierung und Organisierung der Arbeiterelemente in die Hand zu nehmen, die nach Palästina zu gehen bereit sind; d) eine breite, literarische Information über Palästina und die Aktivität der jüd. Arbeiterschaft für und in Palästina zu führen; e) die Organisierung der Pionierbewegung zu fördern.

Resolution betreffend die Palästina-Kommission.

Die Beratung bestätigt den Beschluß des Verbandsbüros, eine Arbeiterkommission nach Palästina mit folgenden Aufgaben zu entsenden:

a) die Möglichkeiten einer wachsenden Einwanderung für jüd. Arbeiter nach Palästina zu studieren; b) über die Grundprobleme einer breiten Volkssiedelung auf den Grundlagen von Arbeit und freier Kooperation Klarheit zu schaffen; c) und im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft in Palästina ein Programm der ökonomischen, kulturellen, kolonisatorischen und genossenschaftlichen Tätigkeit des jüd. Proletariats in und für Palästina für die nächste Zeit auszuarbeiten.

Die Beratung beauftragt die Palästina-Kommission die Fragen der Tätigkeit des Palästina-Arbeiterfonds zu studieren und den Plan einer genossenschaftlichen Arbeiterbank vorzubereiten. Die Arbeiter-Kommission soll aus den Mitgliedern bestehen, die von der Beratung gewählt wurden, aus drei Vertretern der Vereinigung „Achduth Haavodah", aus Delegierten der Landesparteien und aus den vom Verbandsbüro zu bestimmenden Mitgliedern. Der Bericht der Kommission soll der nächsten Weltkonferenz des I. S. A. Verbandes Poale-Zion unterbreitet werden.

Resolution zur Frage der zion. Palästina-Kommission.

Die Beratung ist der Ansicht, daß die Vertretung des Verbandes Poale-Zion in der reorganisierten zion. Palästina-Kommission unter gewissen Bedingungen erwünscht ist und beauftragt das Verbandsbüro, eine Abstimmung der Zentralkomitees in dieser Frage herbeizuführen.

Die Denikinschen Greuel.

Der Pariser M. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Zahlreiche Dokumente, die die russisch-jüdische Kolonie in Paris erhalten hat, beweisen, dass die Pogrome in der Armee Denikins systematisch organisiert werden. So wurden die in der Denikinschen Armee vorhandenen jüd. Offiziere durch Armeebefehl aus dem Dienst entlassen. Im Denikinschen Hinterlande wurde in den Schulen für Juden die Prozentnorm — 15% — wieder eingeführt oder z. T. die Verfügung getroffen, dass jüd. Schulkinder nur dem vorhandenen Schulraum entsprechend aufgenommen werden dürfen.

Der Pogrom von *Fastow*, der am Tage des Einrückens der Denikinschen Truppen begann, dauerte 6 Tage. Man soll über 1600 Tote zählen. Nach Schilderungen des Spezial-Korrespondenten des „Kiewskoje Echo" blieben die Leichen der Ermordeten unbeerdigt auf den Strassen liegen; Hunde und Schweine treiben sich unter ihnen herum und verzehren die Leichenteile. Ein Strassenkomplex des Judenviertels mit ca. 200 Häusern ist niedergebrannt.

Nach den bisherigen Feststellungen sind von den vielen jüd. Kleinbauern-Kolonien Südrusslands 17 gänzlich zerstört worden. Es wird allmählich klar, dass man es mit einem systematischen Vernichten des jüd. Lebens und der jüd. Siedelungen zu tun hat. Angesichts der klaren Gegenbeweise, die die Juden Südrusslands vor die dortige Oeffentlichkeit brachten, kann die Behauptung, dass die Juden Bolschewiki seien, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dagegen wird neuerdings den Juden der Vorwurf gemacht, dass sie das jüd. Grosskapital nicht veranlassen mit seinen Milliarden die Denikinschen Armeen zu unterstützen, die auch im Interesse dieses Grosskapitals ihren Kampf gegen die Bolschewiki führen.

Interpellationen im engl. Unterhause.

Auf die Anfrage des Abg. *Swan*, ob der engl. Regierung bekannt sei, daß die Armee Denikins in der Ukraine in großem Maßstabe Pogrome veranstaltete, erklärte der Vertreter des Außenministers *Harmsworth,* daß die engl. Regierung nichtoffizielle Berichte über diese Pogrome erhalten habe, jedoch sei es bisher nicht gelungen, irgendwelche Informationen zu verschaffen, die die Richtigkeit dieser Behauptungen beweisen würden.

— Das Pariser „Journal du Peuple" vom 31. Okt. veröffentlicht einen Bericht über die Ausschreitungen der Denikinschen Truppen, und erhebt gegen die Entente die Beschuldigung, diese Ausschreitungen mit ihrem Gelde zu unterstützen. Ueberall, so schreibt das Journal, wo die Agenten Pichons die Offensive gegen das revolutionäre Rußland organisieren und unterhalten, flammen Pogrome auf. Der „Matin", der über diese entsetzlichen Hinschlachtungen einer friedlichen Bevölkerung nicht mehr mit Stillschweigen hinweggehen könne, versuche mit vollständig unbewiesenen Behauptungen die Mörder zu entschuldigen.

— Laut „Kiewskoje Echo" haben die Kiewer Juden eine Abordnung nach Rostow zu Denikin entsandt mit der Bitte, die Judenpogrome der russischen Freiwilligen zu verhindern.

— Im „Yiddischen Kämpfer" veröffentlicht *Baruch Zuckermann* eine Artikelserie über die Lage der ukrain. Juden, in welcher er verlangt, daß die Unglücklichen die in der Ukraine weder bleiben wollen noch können, mit Hilfe und Zustimmung der Mächte unbedingt nach Palästina verbracht werden, wo sie sich ökonomisch erholen und auch zur Entwicklung des Landes beitragen werden. Zuckermann zeigt gleichzeitig Mittel und Wege zur Verwirklichung dieser Idee.

— *Diesengoff,* der derzeit in Konstantinopel weilt, hat einen von *Weizmann*, *Sokolow* und *Lewin* unterzeichneten telegraphischen Auftrag erhalten, sich sofort nach Odessa zu begegen, um die Lage der Juden und die Bedingungen der zion. Arbeiten in Rußland zu studieren. Der engl. Ober-Kommissär in Konstantinopel hat Diesengoff einen Brief an die Militär-Verwaltung Englands in Odessa eingehändigt, worin er dieselbe auffordert, Diesengoff als Vertreter der Juden Englands, in seinen Arbeiten zu unterstützen.

(Hapoel Hazair).

Die Forderungen der ukrainischen Juden.

Die ukr. Juden wandten sich an alle Regierungen, insbesondere an die Englands und Amerikas, sowie an die ukr. Regierung und an Denikin, wie auch an die Juden der ganzen Welt mit einer Reihe von Anliegen.

Von Amerika, England und Frankreich verlangen die ukr. Juden die unverzügliche Entsendung spezieller militärischer und ziviler Kommissionen nach der Ukraine und Südrußland, um alle Vorfälle an Ort und Stelle zu untersuchen; Entsendung spezieller Lebensmittel-Kommissionen; amtliche Benachrichtigung des ukr. Direktoriums wie auch der südruß. Regierung, dass diese für die von den Soldaten, Offizieren und Beamten verübten Pogrome verantwortlich sind; Ausfuhrerlaubnis nach der Ukraine für Medikamente, Wäsche und Lebensmittel; freie und unbegrenzte jüd. Emigration nach Palästina und Amerika.

Von der ukr. Regierung verlangen die Juden die unverzügliche Einführung von Feldgerichten für die Anstifter und Teilnehmer der Pogrome; die Heranziehung zur Verantwortlichkeit aller Atamane und militärischen Führer, die Pogrome organisierten, wobei eine Reihe von Atamanen genannt wird; die Zulassung einer jüd. Untersuchungskommission, die vom Pariser Komitee der Jüd. Delegationen gewählt werden soll; Schaffung besonderer Abteilungen bei den Ministerien des Krieges und des Unterrichtes zur Bekämpfung der Pogrome und des Antisemitismus; Gewährung einer größeren Geldsumme an das jüd. Zentral-Hilfskomitee und die Erklärung, daß alle Schäden der jüd. Bevölkerung von der Staatskasse wiedervergütet werden.

Von den amerikanischen Juden wird verlangt: Schaffung eines besonderen Hilfsfonds für die ukr. Juden; rascheste Entsendung von Medikamenten, Kleidung und Wäsche; Entsendung von Sanitätsabteilungen; Durchführung der Hilfsaktionen ausschließlich durch Vermittlung der Zentralen- und lokalen jüd, Organisationen; Einwirkung auf die amerik. Regierung, daß diese sich für die Lage der Juden in der Ukraine interessiere und wenigstens denjenigen, die Verwandte in Amerika haben, die Einwanderung erleichtere und schließlich Teilnahme an der Delegation, die das Komitee der Jüd. Delegationen entsenden wird.

(Nowy Dziennik).

Sokolow Ministerpräsident?

Unter diesem Titel gab die „Jüd. Presszentrale Zürich" in No. 60 ihrer Mitteilungen eine Nachricht der Bukarester „Mantiurea" wieder, wonach auf der Bukarester Zionisten-Konferenz ein Brief Dr. Schmarjahu Lewins vorgelesen wurde, daß Sokolow Ministerpräsident und Dr. Lewin Unterrichtsminister im palästinensischen Ministerium geworden wären. Obwohl wir gleich hinzufügten, daß es sich wohl nur um eine Zeitungs-Ente handeln könne, ersuchten wir doch unseren Londoner Korrespondenten, *Mr. H. A. Goodmann*, über die Richtigkeit dieser Meldung Dr. Lewin um Auskunft zu befragen. *Dr. Lewin* antwortete unterm 25. Okt. folgendes: Sehr geehrter Herr, ich habe Ihren Brief vom 19. ds. erhalten und danke Ihnen bestens, daß Sie meine Aufmerksamkeit auf einen Bericht gelenkt haben, der meine Person betrifft und den ich anbei zurücksende. Es ist unnötig zu sagen, daß ich den auf der Bukarester Konferenz erwähnten Brief an Dr. Nacht niemals geschrieben habe. Ich habe mir nie träumen lassen, daß es für mich nötig sein würde, solche tolle, in meinem Namen veröffentlichte Nachrichten zu dementieren. gez. S. Lewin.

Chronik.

Polen.

Prozentnorm für Juden an der Posener Universität.

In Bestätigung unserer in No. 61/62 der J. P. Z. gebrachten Meldung, berichtet der Warschauer Korrespondent des „Nowy Dziennik“, daß auf Anfrage des Posener Jüd. Volksrates der Universitätssenat erklärt habe, daß auf Grund des Beschlusses des Kommissariates des Obersten Volksrates vom 5. Mai, die Universitätsbehörden in diesem Schuljahre *Juden* und Deutsche nur in einer Zahl aufnehmen wollen, die der jüdischen respektive deutschen Bevölkerung proportionell entspricht.

— Bei der jetzt stattgefundenen Konferenz der All-Polen (Nat.-Demokr. Partei) in Warschau wies deren Hauptleader, Abg. *Grabski* auf die Ziele dieser Partei hin, wobei natürlich auch die Judenfrage behandelt wurde. Er betonte u. a., daß das Verhältniss zu den Angehörigen ein ganz anderes sein müsse als zu den Fremden. Der Prozent der Fremden sei in Polen ein allzu großer. Posen könne als Beispiel dienen, wie man den Prozentsatz von 12 ja sogar 20% auf 1—1½% herunterbringen könne. Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es ihm anderswo nicht besser gehen werde.

— Der Pariser Korrespondent der „Gazeta Warszawska“ widmet dem „Kampf gegen die jüd. Agitation“ einen ausführlichen Artikel in dem u. a. gesagt wird: „Der öffentlichen Meinung Polens sei bereits bekannt, welchen erbitterten Kampf die Juden der ganzen Welt gegen die Polen führen. Man müsse gegen die jüd. Agitation eine Gegenagitation organisieren. Nach dieser Richtung sei schon viel dadurch geschehen, daß Polen in Frankreich, England und z. T. auch in Amerika Presse-Organe und angesehene Persönlichkeiten gewonnen hat, welche sich nicht mehr durch die Legenden über die sog. Pogrome irreführen lassen. Es müsse jedoch noch viel mehr getan werden und Polen müsse trachten, daß der Westen es besser kennen lernt, sodaß jeder franz. und engl. Intellektuelle wissen müsse, welche fortschrittliche und tolerante Nation die Polen sind. Speziell wärend den Arbeiten der Friedenskonferenz, wo es sich um das Schicksal Polens handelte, hat sich die jüd. Agitation verstärkt, da man Polen damals einen Todesstoß versetzen zu können glaubte. Zur Bekämpfung dieser Agitation seien polnischerseits einige Broschüren lanciert worden, die dem ausländischen Leser den Stand der Judenfrage in Polen schildern.“ Es werden dann die einzelnen Broschüren aufgezählt und Auszüge daraus veröffentlicht, in welchen die jüd. Frage in Polen teils vom antisemitischen, teils assimilatorischen Standpunkt beleuchtet wird.

Die Frage der Sonntagsruhe.

Der Vorsitzende der Reichstagskommission für Handel und Gewerbe hat dem Abg. Dr. *Thon*, der in dieser Kommission den z. Zt. in London weilenden Abg. *Farbstein* vertritt, mitgeteilt, es bestehe keine Aussicht, daß die Forderungen der jüd. Abgeordneten betr. der Sonntagsruhe in vollem Umfange berücksichtigt werden würden.

— Der Krakauer „Illustrowany Kuryer Codzienny“ berichtet aus Warschau, daß auf einer der letzten Sitzungen des Ministerrates die Frage von Erleichterungen für die Juden und Ukrainer in Ostgalizien behandelt wurde. Es handelte sich um folgendes: die Befreiung der Internierten, die Aufnahme in die Schulen derjenigen Juden, die die ukr. Schulen besucht haben, die Erteilung von Pässen und Passierscheinen, wie auch die Unterlassung weiterer Repressalien. Die Frage der Interniertenbefreiung wurde einer besonderen Kommission übergeben, der außer Vertretern der Ministerien des Aeusseren, des Krieges und der Justiz auch 2 Juden und 2 Ukrainer angehören werden. Diese Kommission wird die Internierten-Lager zu bereisen haben, um diejenigen, für deren gerichtliche Verfolgung keine Unterlage vorliegt, freizulassen. Die anderen werden der Prokuratur übergeben werden, zwecks Durchführung einer Untersuchung. Von einer Nichtaufnahme jüd. Schüler in öffentliche Schulen sei dem Unterrichtsministerium nichts bekannt. (?) Es könne sich höchstens um Privatschulen und um vereinzelte Fälle handeln. Die Frage der Erteilung von Pässen und Passierscheinen wurde im Einverständnis mit dem Generalkommandanten des Lemberger und Krakauer Kreises dem Generaldelegierten von Ostgalizien zur wohlwollenden Erledigung übergeben. Wegen Unterlassung weiterer Repressalien werden sich die Ministerien des Innern, des Krieges und der Justiz an die untergeordneten Organe wenden.

— In Warschau fanden am 21.—22. Okt. Beratungen von Fachleuten über aktuelle Fragen der Palästina-Arbeit und insbesondere über die Vorbereitung der Pioniere und Regulierung der Emigration nach Palästina statt. Eine Reihe von Anträgen und praktischen Resolutionen wurde beschlossen, mit deren Ausführung das Warschauer Palästina-Amt betraut wurde.

— In Warschau fand Ende Sept. die Gründungsversammlung einer Gesellschaft „Habimah Haibrith“ statt.

— In Warschau wurde unter dem Namen „Der Naier Verlag“ eine Kommanditgesellschaft mit einem Kapital von 300.000 Mark gegründet zwecks Herausgabe jüd. Bücher aus allen Gebieten der Wissenschaft und Literatur. An der Spitze dieser Gesellschaft welche auch den bisherigen Verlag von *Noach Prilutzki* übernommen hat, befinden sich Persönlichkeiten die dem Warschauer „Moment“ nahestehen.

— Im Warschauer „Tog“ früher „Hajnt“ schildert *David Frischmann* in einem Feuilleton den gewaltigen Eindruck, den das Gerücht über die Einnahme von Petersburg auf die Juden Warschaus gemacht habe. Wer diese Freude gesehen habe, könne unmöglich begreifen, wie man den Juden vorwerfen könne, daß sie bolschewistisch gesinnt seien.

— In *Krakau* ist am 25. Okt. *Wilhelm Feldmann*, einer der bedeutendsten Kenner und Kritiker der poln. Literatur, gestorben. Obwohl selbst völlig assimiliert, hatte er doch nie versucht, die Assimilation Anderer zu betreiben. Noch auf dem Totenbett ließ er sich taufen und wurde auf dem christlichen Friedhof beerdigt.

Litauen.

— Bei der Eröffnungssitzung des Stadtrates von *Wilna* am 22. Okt. wurde eine Deklaration der jüd. Stadtrats-Mitglieder in jüd. Sprache durch *Dr. Wygodski* vorgelesen, worin auf die Ungerechtigkeiten der Wahlordnung aufmerksam gemacht wird, derzufolge es gelungen ist, durch Hinzuziehung von umliegenden Dörfern die jüd. Bevölkerung, die die Hälfte der städtischen Einwohnerschaft bildet, in eine Minderheit zu verwandeln. Auch bei der Anlegung der Listen habe man auf alle mögliche Weise die Juden benachteiligt. Im Namen der Wilnaer jüd. Bevölkerung wird der schärfste Protest erhoben und konstatiert, daß der jetzige zeitweilige Stadtrat, welcher nicht das richtige nationale Verhältnis in Wilna wiedergibt, sich nicht als richtiger Vorstand der ganzen Wilnaer Bevölkerung betrachten kann. Die Juden sind trotzdem in den Stadtrat eingetreten, um dort ihre ökonomischen Interessen zu wahren und um in friedlicher Zusammenarbeit mit den anderen Nationalitäten produktiv zu arbeiten. Sie haben von ihren Wählern ein imperatives Mandat erhalten, sich ausschliesslich mit den städtischen — wirtschaftlichen und kulturellen — Angelegenheiten zu beschäftigen, jedoch keineswegs mit staatlich-rechtlichen Fragen. Weiterhin wurde eine Reihe allg. wie auch speziell jüd. Forderungen aufgestellt.

— Laut der Wilnaer Jüd. Zeitung übersiedelt nach Wilna demnächst der bekannte jüd. Historiker *Dubnow.*

Gründung einer jüd. Zentralbank.

Auf einer am 25. Okt. im Jüd. Ministerium in Kowno stattgefundenen Versammlung wegen der Gründung einer zentralen Jüd. Volksbank für Litauen wurde beschlossen, die ausgearbeiteten Statuten ehestens der Regierung zur Bestätigung vorzulegen. Das Aktienkapital dieser Bank soll 3 Millionen Mark betragen.

— Das Bureau bei dem Ministerium für jüd. Angelegenheiten in Litauen meldet, daß die Konferenz der jüd. Gemeinden Litauens in einigen Wochen stattfinden wird. Das Bureau ersucht alle Protokolle über bereits stattgefundene Wahlen dem Ministerium einzusenden, resp. in den anderen Orten sofort die Wahlen vorzunehmen.

Lettland.

Die Judenexzesse in Riga.

Auf Grund von Zeitungsmeldungen, wonach in Riga seitens der Letten Judenexzesse vorgekommen seien, wobei gegen 20 Juden ums Leben gekommen wären, veröffentlicht das lettische Informations-Bureau in Kopenhagen ein infames und ganz im alten zaristischen Stile abgefasstes Dementi mit dem Vorwurf, verräterische Elemente, die fast ausschließlich aus Juden beständen, hätten durch Lichtsignale aus dem Innern der Stadt das Artilleriefeuer der Deutschen geleitet. Die Verräter seien ertappt und standrechtlich erschossen worden.

Wie das Stockholmer „Jüd. Preßbureau" mitteilt, ist dafür gesorgt, daß die zivilisierte Welt namentlich in den Entente-Ländern, über das Treiben der lettischen Gesandschaft in Kopenhagen informiert werde.

Rumänien.

Pression auf Rumänien.

Laut Meldung des ital. Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung" sei es nicht zuletzt die Intervention des ital. Delegierten *Scialoja* gewesen, der man die kluge Formel zu verdanken habe, die im Sinne einer Pression, Rumänien und Südslavien von der Unterzeichnung des Friedens mit Bulgarien ausschließt, solange die beiden Staaten nicht den die Klauseln zum Schutze der nationalen Minderheiten enthaltenden Frieden von St. Germain unterzeichnet.

Laut „Echo de Paris" hat der Oberste Rat an die serbische Regierung eine bestimmt gehaltene Note gerichtet, welche sie auffordert, den Vertrag von St. Germain mit den bestrittenen Klauseln zu unterzeichnen.

— Der Pariser Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet: In Rumänien finden dieser Tage die Wahlen zur Konstituante statt. Alle Oppositions-Parteien, sowohl Altrumäniens als auch der neuen Provinzen, sowie alle Minoritäts-Nationen haben *Wahlenthaltung* proklamiert. Die Sozialisten, die eine Zeitlang doch in den Wahlkampf einzutreten gedachten, haben auf ihrem Parteitag Wahlenthaltung beschlossen und sollen angeblich für den Wahltag zum Zeichen des Protestes einen Generalstreik angeordnet haben. Die Partei Bratianus ist bemüht, mit den zynischen Mitteln der Balkan-Politiker die Situation zu retten. So fand sie auch in der Bukowina einen Juden, Prof. Dr. *Heinu Telleru,* der sich dazu hergab, als Kandidat der Regierungspartei aufzutreten. Er wird von allen jüdischen Zeitungen der Bukowina als Verräter gebrandmarkt und dürfte keine einzige jüdische Stimme erhalten.

— In *Bukarest* wurde kürzlich eine rumänische Aktiengesellschaft für Handel und Industrie mit einem Grundkapital von 2 Millionen gegründet, mit dem Zweck engere Handelsbeziehungen mit Palästina anzuknüpfen und einen regen Warenaustausch zwischen Rumänien und Palästina herzustellen.

— Vor kurzem fand in *Czernowitz* ein grosses Sportfest statt, an dem über 600 jüd. Turner und Turnerinnen mitwirkten und ein vieltausendköpfigs Publikum teilnahm. Das Sportfest dauerte zwei Tage und gestaltete sich zu einer grossartigen Manifestation der jüdischen Bukowina.

Deutsch-Oesterreich.

Der Wiener H. Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" berichtet: In zion. Kreisen wächst die Mißstimmung gegen die Londoner Leitung. Es ist unmöglich, zuverläßige Informationen über den Stand der Dinge zu erhalten. Der Kontakt mit der Zentrale ist noch immer ein recht loser. Unter diesen Umständen gewinnt die maximalistische Agitation auch hier stark an Boden, umsomehr als erwartet wird, daß der Hauptstrom der Auswanderer über Wien gehen wird. (Maximalismus nennt sich die, vor allem von *Davis Trietsch* vertretene Forderung, sofort auf die denkbar großzügigste Weise und im größten Umfange die Ansiedelung des jüdischen Volkes in Palästina zu organisieren. J. P. Z.)

In Wien wurden ein jüd. Schulverein und ein Verein „Jüdische Presse" gegründet. Der Schulverein hat bereits ein hebräisches Realgymnasium ins Leben gerufen, zu dessen Direktor Dr. Viktor *Kellner,* früher am hebr. Gymnasium in Jaffa, ernannt wurde. Der Verein „Jüdische Presse" gibt Bausteine zu 100 Kronen aus, deren Erlös zum Erwerb von Anteilen der „Wiener

Morgenzeitung" verwendet wird. Damit soll einerseits die Zeitung finanziert werden, andererseits soll sie auf diese Weise in das Eigentum eines möglichst grossen Teiles des jüd. Volkes übergehen.

Die christlichsoziale Zeitung „Wiener Stimmen" bringt eine Karikaturzeichnung: *Stricker* im Gespräch mit dem Staatskanzler *Renner*. Auf die Frage, warum der Staatskanzler gegen den Antrag auf Zählung der Juden als eigene Nation sei, erwidert Renner, er werde sich doch nicht seine eigene Partei dezimieren lassen.

Die bürgerlichen Blätter berichten über den Strikerschen Antrag betr. Volkszählung im allgemeinen objektiv. Nur das „Neue Wiener Tagblatt", das Organ des getauften Juden *Sieghart*, schimpft über „jüdischen Antisemitismus."

— Die „Jüdischen Nachrichten", Linz, berichten: An einer Mittelschule im Sprengel der Gemeinde *Amstetten* ging die Unverfrorenheit der antisemitischen Schülerschaft so weit, daß sie ihre judenfeindlichen Pamphlete sogar im Schulgebäude zur Verbreitung brachten. Als die jüd. Schüler von der Direktion Abstellung dieses Unfuges erbaten, sah sich diese merkwürdige Erziehungsbehörde zu keinem weiteren Schritt veranlaßt, als daß sie die antisemitische Agitation nur auf die Straße verwies.

Deutschland.

Die jüd. Gemeindewahlen in Berlin.

Durch einen Erlass des Ministers des Innern ist nunmehr das Wahlrecht für die jüd. Gemeinden demokratisiert worden, so dass u. a. auch die Kriegsteilnehmer, die man ursprünglich vom Wahlrecht ausschliessen wollte, nunmehr wahlberechtigt sind.

Die Berliner Zion. Vereinigung hat in einer Mitgliederversammlung den Beschluß gefaßt, gemeinsam mit den andern Organisationen sich der Jüd. Volkspartei anzuschießen und in den Wahlkampf für die Repräsentantenwahlen einzutreten. Die Jüd. Volkspartei hat an die Spitze ihrer Kandidatenliste folgende Herren gestellt: Dr. *Klee*, Professor Heinrich *Loewe*, Direktor *Kareski*, Abraham *Löb*, Louis *Wolf* und einen Vertreter des Verbandes der Ostjuden.

Auf Grund des neuen Ministerialerlaßes haben zwischen dem Gemeindevorstand und verschiedenen Gruppen Besprechungen stattgefunden, in welchen die Forderung nach Verschiebung der Wahlen erhoben wurde, um die Liste entsprechend dem durch die ministerielle Verfügung entstandenen Rechtszustand zu revidieren.

Diese Verschiebung ist inzwischen vom Vorstande angeordnet worden. Der neue Wahltermin wird noch bekanntgegeben.

Plenarsitzung des zion. Zentralkomitees.

Für den 2.—4. Nov. ist nach Berlin eine Plenar-Sitzung des zion. Zentralkomitees einberufen, an der die E. A. C. Mitglieder, Prof. *Warburg*, Dr. *Hantke* und Dr. *Jacobson*, der speziell zu diesem Zweck aus London herüberkommt, teilnehmen. Auch Dr. Ruppin wird sich an den Beratungen beteiligen. Die Tagesordnung lautet:

1. Stellungnahme gegenüber dem Aktionskomitee. Die Diskussion wird durch ein Referat von Dr. Jacobson eingeleitet werden. 2. Jüd. Kongreß in Deutschland, (Referent Rosenblüth.) Gesamtorganisation des deutschen Judentums. Verband der deutschen Juden. (Referent Klee). 3. Palästinaarbeit. (Referenten Weinberg, Walter Moses). 4. Jugendarbeit. (Referent Blumenfeld. 5. Etat für 1920. 6. Erhöhung des Schekels. 7. Festsetzung des Termins des Delegiertentages.

Ostjüdische Konferenz.

Der „Verband der Ostjuden in Deutschland" hat den Beschluss gefasst, zu Weihnachten eine ostjüd. Konferenz nach Berlin einzuberufen. Die Konferenz soll aus gewählten Delegierten von dem Verband angeschlossenen, oder sich noch anschliessenden ostjüd. Ortsgruppen und Vereinen aus ganz Deutschland zusammengesetzt sein und die aktuellen Fragen, die sich aus der gegenwärtigen Lage der Ostjuden ergeben, im Anschluss an Spezialreferate eingehend behandeln. Dazu gehört vor allem die Fürsorge für die ostjüd. Flüchtlinge, die soziale und rechtliche Lage der Ostjuden in Deutschland, die Stellung der Ostjuden in den jüd. Gemeinden und anderen Organisationen, die kulturellen Aufgaben der Ostjudenheit, der organisatorische Zusammenschluss des ostjüd. Verbandes.

— In einer von der Deutschen Demokr. Partei einberufenen Versammlung sprach der hessische Kultusminister Prof. *Strecker* gegen den Antisemitismus. Man könne ein Volkstum wie das jüdische nicht einfach mit Schlagworten abtun. Nur innerhalb der Lösung des gesamten Nationalitätenproblems lasse sich auch die Judenfrage lösen. Hinter der gegenwärtig in Deutschland so stark betriebenen antisemitischen Propaganda stehe die Reaktion, die ihre Verschuldung an Deutschlands Not auf die Juden abwälzen will.

— Gegen den Antisemitismus und über seine Bekämpfung sprach man in einer Versammlung des Verbandes der (neutralen) jüd. Jugendvereine Deutschlands im Brüdervereinshaus. Rechtsanwalt *Apfel* legte in seiner Eröffnungsrede Protest ein gegen die unflätige Pogromhetze, die, ein rein politisches Ablenkungsmanöver, nicht nur eine Schmach für die lebenden, sondern auch für die Tausende der für Deutschland gefallenen Juden sei. Eine Reihe weiterer Redner vertrat denselben Standpunkt mit erweiterten Ausführungen über die Sittlichkeit der jüd. Religion und Ethik. Dr. *Kahn-Jaffa* betonte, dass die jüd. Jugend einen Kampf ums Recht zu kämpfen habe. Um hierfür gerüstet zu sein, habe sie die Pflicht, das Wesen des Judentums gründlich kennen zu lernen. Bewusste Juden werden die besten Vorkämpfer gegen den Antisemitismus sein.

Italien.

Dem der „J. P. Z." von der italienischen nichtjüdischen „Pro Israele" Vereinigung dieser Tage zugegangenen Tätigkeitsbericht über die Zeit von Juli 1918 bis August 1919, entnehmen wir u. a.: Die „Pro Israele" will diesen, für das seit 2000 Jahren herumirrende Volk Israel höchsten Moment nicht vorübergehen lassen, ohne ihre Appelle zu erneuern und die neuen Repräsentanten Italiens in Paris auf die jüd. Erwartungen hinzuweisen. Die vom Minister *Tittoni* eingelaufene Antwort betont, daß die Direktiven der ital. Regierung gleich sind denjenigen der alliierten Regierungen und unverändert seit den seinerzeitigen Erklärungen des ital. Botschafters in London an *Sokolow* vom 14. Mai 1918 geblieben sind.

Dieser Brief möge uns, heißt es weiter im Rechenschaftsbericht, ein gutes Vorzeichen sein. Wir sind bereit, unser Werk fortzusetzen, bis Israel in sein Land zurückgekehrt, vom äußersten Ufer des Mittelmeeres zusammen mit Italien nach Werken der Zivilisation und des Friedens strebe, und erwarten, daß das Ideal, das uns zur Arbeit bewog, und das wir vor Italiens öffentlicher Meinung verteidigen, mit dem Urteil der Gerechtigkeit gekrönt werde.

— Der römische Korrespondent der „Frankf.Zeitung" berichtet, dass die ital. Truppen bei der ursprünglich auf den 4. Nov. bestimmten Siegesfeier auch den Titusbogen zu passieren haben. Das „Giornale d'Italia" veröffentliche nun eine Zuschrift eines christlichen Lesers, wonach die Juden geschworen hätten, niemals durch diesen Bogen, der zur Erinnerung an die Schmach ihres Volkes errichtet wurde, hindurchzugehen, und man könne doch nicht den jüd. Soldaten, die ihre Pflicht gegenüber ihrem ital. Vaterland erfüllt haben, so etwas zumuten. Die Sache werde wohl damit enden, dass man den jüd. Soldaten es anheimstellen wird, ob sie sich an dem Zuge beteiligen. Für den in Italien herrschenden Zug der Toleranz in einer Zeit, wo fast in allen Ländern eine üppige neue Blüte des Antisemitismus zu beklagen ist, bleibe die kleine Zuschrift aber bezeichnend.

— Der Triester Q. Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet: Am 31. Okt. ist in Triest eine Gruppe von 54 jungen Leuten im Alter von 20—30 Jahren aus Wien eingetroffen, um sich nach Palästina, größtenteils, als „Schomrim", zu begeben. Ihr Schiff geht am 2. Nov. ab.

Demnächst wird in Triest ein Palästina-Bureau errichtet, das den Palästinareisenden mit Rat und Tat beistehen soll.

Frankreich.

Laut „Jewish Chronicle" wurde *Morgenthau* in Paris von der Alliance Israélite auf einem Bankett gefeiert, an dem auch *Winawer* aus Petersburg und *Lucien Wolf* teilnahmen. In seiner Rede betonte Morgenthau, daß in Polen sehr arge Exzesse vorgekommen seien, bei denen gegen 300 Juden ums Leben kamen. Auch viel jüd. Hab und Gut wurde geplündert. Die Schuld dafür könne man jedoch nicht der poln. Regierung zuschieben, da sie machtlos gegen die Pogrombanden war. Die Hauptsache sei, jetzt für die Zukunft zu sorgen und ein harmonisches Zusammenleben aller Bevölkerungsteile Polens herbeizuführen. Die europäischen und amerik. Juden müssen ihren poln. Brüdern materielle Hilfe bringen.

(Auch weitere Nachrichten, die über verschiedene Aeußerungen Morgenthaus verlauten, wie auch die verschiedenen Gerüchte die über den Inhalt seines Berichtes langsam durchsickern, beweisen, wie begründet das Mißtrauen war, welches man Morgenthau in jüd. Kreisen entgegenbrachte. Interessant ist, daß Morgenthau jetzt in Paris mit dem Komitee der Jüd. Delegationen in keine offizielle Verbindung trat und nur mit einzelnen Mitgliedern des Komitees gelegentlich zusammenkam.)

— „Humanité" vom 4. Nov. schreibt: Auf Anregung einiger jüd. Arbeiter und Intellektueller ist letzthin eine Gruppe gegründet worden, die die Organisation des jüd. Proletariats von Paris zum Ziele hat.

Die Begründer dieser Gruppe, die treue Anhänger des internat. Sozialismus sind, beabsichtigen die Organisation der jüd. Arbeitermassen „auf dem Prinzip des Kampfes für die vollständige soziale Befreiung der jüd. Arbeitermassen in den Reihen des Weltproletariats" aufzubauen. Jedes Mitglied der O. O. J. (Jüd. Arbeiter-Organisation) erkennt als Ziel seines Wirkens die vollständige Zerstörung des bürgerlichen Regimes und die Umgestaltung des kapitalistischen in eine kollektivistische oder kommunistische Gesellschaft an. Die O. O. J. wird in steter enger Fühlung mit den polit. und ökonom. Organisationen der Arbeiterklasse des Landes bleiben und bestrebt sein, so viel als möglich ihre Tätigkeit mit derjenigen des franz. Proletariats zu vereinigen im Kampf um die soziale Befreiung (s. J. P. Z. No. 61/62).

Grusien.

Juden im Kaukasus.

Ein Reisender, der in Warschau aus der grusinischen Republik (Kaukasus) eingetroffen ist, stellt fest, daß dort eine große Anzahl Juden leben. Sie sind glücklich und zufrieden. Sie genießen in Grusien nationale Personal-Autonomie und es gibt dort in der Person des Herrn *Herzmann* einen Minister für jüdische Angelegenheiten.

Amerika.

Morgenthau ist am 17. Okt. auf der „Adriatic" nach New York zurückgekehrt.

— Der erste Hilfssekretär des polit. Staats-Departements der Vereinigten Staaten hat am 28. Sept. mitgeteilt, daß vom Staats-Departement an die amerik, Gesandtschaft in Warschau Weisungen abgegangen sind, wonach das Visum allen denjenigen Personen zu erteilen ist, die zu ihren Angehörigen nach Amerika reisen wollen, *gleichviel, ob ihre Angehörigen in Amerika eingebürgert sind oder nicht*. In denjenigen Fällen, wo die Gesandtschaft nicht gewillt ist das Visum zu geben, hat sie der Regierung nach Washington zu berichten, die darüber entscheiden wird, ob die Gründe für die Verweigerung des Visums berechtigt sind oder nicht.

— Bei einem Meeting des Verbandes der poln. Juden in Amerika wurde beschlossen, im Verlaufe einer kurzen Zeit 2 Mill. Dollars zusammenzubringen, um sie so rasch wie möglich nach Polen zu übersenden.

— In New-York wurde unter dem Namen „Palestine Imp. & Export House" von 10 Kaufleuten, unter denen sich auch ein Nichtjude befindet, eine Gesellschaft gegründet, um die Handelsbeziehungen zwischen Palästina und Amerika zu fördern.

Kanada.

Das kanadische Parlament gegen die Pogrome,

Bei der Parlaments-Debatte in *Ottawa* über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Polen, erhob der Deputierte *Jacobs* einen scharfen Protest gegen die Juden-Pogrome in Polen, Galizien und Litauen. Der Führer der Liberalen in Parlament pflichtete Jacobs bei und forderte, daß man mit Polen solange keinen Vertrag eingehen solle bis es nicht beweise,

daß es verdiene einer der koalierten Verbündeten zu sein. Der kanadische Justizminister hat dann im Namen der Regierung den erwähnten Rednern seine Sympathie ausgedrückt und versichert, daß bald nach Ratifizierung des Friedensvertrages die Alliierten streng darauf achten werden, daß Polen alle Punkte betr. der Minderheiten genauestens erfülle.

Palästina.

Die Verfassung der Jerusalemer Jüdischen Gemeinde.

Die von den Behörden genehmigten Statuten der Jerusalemer Gemeinde enthalten u. a. folgende Bestimmungen; 1. Anerkennung der Gemeinde als eine juristischen Persönlichkeit mit dem Rechte der freien Ausübung der jüd. Religionssatzungen. Das Recht der Gründung und Verwaltung von religiösen, philantropischen, sozialen und erzieherischen Institutionen. Die jüd. Gemeinde wird durch die Gemeindeleitung u. zw. entweder durch den Obberrabbiner oder den Präsidenten des Gemeindekomitees im Gemeinderat vertreten. 2. Anerkennung der Zeugnisse der jüd. Gemeindeschulen gleich denen der Staatsschulen. 3. Juden, welche die Sabbathruhe wahren, werden nicht zur Einhaltung des Sonntags oder anderer nicht-jüdischer relig. Feiertage verhalten werden. Sie werden nicht gezwungen werden, irgendeine Beschäftigung auszuüben, die ihren relig. Ueberzeugungen widerspricht. 4. Die Aufrechterhaltung und Anerkennung des Rechtes der rabbinischen Autoritäten als Richter in allen Fragen bezüglich Heirat, Ehescheidung etc. und religiöser Natur aufzutreten. 5. Das Recht der Gemeinde Steuern und Taxen in der bisher gewohnten Weise einzuheben. 6. Das Recht spaniolisch und hebräisch in der Buchführung und der Korrespondenz zu gebrauchen. 7. Die Befreiung von Gemeindeschulen, relig. und philantropischen Einrichtungen von Steuern. Zollfreiheit für alle Gegenstände, die im Gottesdienste verwendet werden. 8, Staats- und Gemeinde Subventionen für die erzieherischen, philantropischen und religiösen Einrichtungen der Gemeinde. (L. J. Prb.)

— General Sir William *Congreve* ist laut „Londoner Jüd. Korrespondenzbureau“ zum Befehlshaber über Palästina ernannt worden. Er wird vermutlich technisch dem Aegyptischen Oberkommando untergeordnet sein, jedoch ein starkes Maß von Unabhängigkeit haben.

— In der letzten Zeit hat eine Reihe von Ernennungen von Juden für höhere Regierungsstellen stattgefunden. Beim Stabe der Okkupationsmacht ist Leutnant Alexander Aaronson auf einen wichtigen Posten berufen worden. Herr Perez Kornfeld ist zum jüdischen Berater beim militärischen Generalgouverneur in Jerusalem ernannt worden.

— Die engl. Regierung hat die Ueberführung der sterblichen Ueberreste des Majors *Baron* de Rothschild von Kairo nach der jüd. Kolonie Rischon le' Zion erlaubt. Am 13. Sept. hat unter militärischem Geleit in Anwesenheit des Chacham Baschi von Jaffa, mehrerer engl. Generäle, zweier Feld-Rabbiner und eines großen Publikums aus den umliegenden Kolonien, die Beisetzung stattgefunden.

(Major Rothschild ist am 11. Dez. 1917 während der engl. Offensive bei der jüd. Kolonie Gederah, wo er sich durch seinen Heldenmut auszeichnete, schwer verwundet worden. Nach 4 Tagen ist er im Militär-Spital zu Kairo, gestorben. Bekanntlich ist die Kolonie Rischon le Zion eine Gründung der Rothschilds. J.P.Z.)

— Die 136 marokkanischen Juden, bei denen man befürchtete, daß sie wegen Arbeitslosigkeit abzureisen gezwungen sein werden (s. J.P.Z. No. 61/62) sind schließlich doch im Lande verblieben. Dank den Bemühungen der Zion. Palästina-Kommission hat eine größere Anzahl von ihnen Arbeit gefunden. Man bemüht sich, auch für die anderen Unterkunft zu schaffen.

— An den Zwischenfeiertagen des Sukkothfestes fand in Jerusulem eine Tagung der jüd. Turnerschaft Palästinas „Maccabi“ statt, an der 500 junge Leute teilnahmen. Dem Schauturnen des „Maccabi“ wohnte General *Watson*, der Chef der britischen Militärverwaltung, Colonel *Storrs*, der Militärgouverneur von Jerusalem und *Ussischkin*, Vorsitzender der Zion. Palästina-Kommission, bei.

— Anläßlich des Sukkoth-Festes hielt *Rabbi Kook* in der Churwath Rabbi Jehuda zu Jerusalem seine Rede anfänglich nicht in hebräischer, sondern in jiddischer Sprache. *Ussischkin* und andere dort anwesende Mitglieder der zion. Kommission verliessen deshalb demonstrativ die Synagoge. Als ein junger Mann den Redner daraufhin unterbrach, setzte Rabb. Kook seine Rede unverzüglich in der hebr. Sprache fort.

— Im hebr. Gymnasium „Herzlijah“ in Jaffa, wo bisher Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet wurden, werden mit Beginn des neuen Schuljahres besondere Mädchen und Knaben-Abteilungen eingerichtet.

— Prof. Otto *Warburg* soll sich nach Palästina begeben, um die botanische Abteilung in Haifa zu leiten. („Hadshoth Haaretz“)

— Wie die „Hadshoth Haaretz“ melden, wird Dr. *Hantke* demnächst nach London übersiedeln, um an der Spitze der allg. zion. Organisation tätig zu sein.

Schweiz.

Vom Kriegsweisenfonds der Agudas-Jisroel.

Für den Kriegswaisenfonds der Agudas - Jisroel wurden bisher durch die jährliche Selbstbesteuerung und durch Spenden in Deutschland 850.000 Mk. und in der Schweiz 50.000 Frs. aufgebracht. Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen. Im Hinblick auf das unermessliche Elend der Juden Osteuropas, zu dessen Linderung rasche Hilfe und reichliche Mittel dringend benötigt werden, erläßt, wie wir dem am 6 Nov. erschienenen „Haderech“ entnehmen, das Zentralbüro der Agudas-Jisroel Zürich einen Aufruf, bei jeder Gelegenheit des Waisenfonds der Agudas Jisroel eingedenk zu sein und für diesen Zweck in ausreichender Weise zu spenden.

Presse- und Verlags-Notizen.

Doar Hayom.

Die Administration der „Jüd. Preßzentrale Zürich“ nimmt Abonnements auf die in Jerusalem erscheinende hebr. Tageszeitung „Doar Hayom“ zu einem Vorzugspreise von jährl. Frs. 60 (statt Frs. 80) — halbjährlich Frs. 30. — viertelj. Frs. 15 entgegen. Das Abonnement dieser großzügigen und reichhaltigen Zeitung, die gelegentlich auch 2 mal täglich und ausserdem in engl. und arab. Ausgabe erscheint, kann gelegentlichst empfohlen werden.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich